

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Carl Auer, Leipzig, Postfach 1011
Erscheinungsort: Leipzig, Postfach 1011
Erscheinungszeit: Täglich, außer an Sonn- und Feiertagen
Abonnementpreis: 1,20 Mark pro Quartal, 3,60 Mark pro Jahr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Verleger: Carl Auer, Leipzig, Postfach 1011
Erscheinungsort: Leipzig, Postfach 1011
Erscheinungszeit: Täglich, außer an Sonn- und Feiertagen
Abonnementpreis: 1,20 Mark pro Quartal, 3,60 Mark pro Jahr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 12. Juni 1923. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Reiches und des Reichsgerichts. Postfach-Nr. 1011, Leipzig, den 2. Juli 1923.

Nr. 151

Montag, den 2. Juli 1923

18. Jahrgang

Wertbeständige Löhne und Gehälter.

Die katastrophale Entwertung des deutschen Markes mit ihrer immer weitergehenden Umwälzung sämtlicher Einkommens- und Besitzverhältnisse hat die Spitzenorganisationen veranlaßt, schon vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium in Besprechungen über eine den Umständen entsprechende Abwehr des immer weiteren Herabgleitens des Reallohns der Arbeitnehmerschaft einzutreten. In manchen Kreisen ist bei der Behandlung dieser Frage vielfach Klage vorgetragen worden, daß eine solche Auslegung unter allen Umständen gegenwärtig als unmöglich angesehen werden muß. An eine Wiederherstellung der Friedensverhältnisse kann erst nach Befestigung des außenpolitischen Druckes gedacht werden. Zur Zeit kann es sich lediglich darum handeln, einen Weg für die Aufrechterhaltung der augenblicklichen realen Kaufkraft der gegenwärtigen Löhne und Gehälter zu finden. Die Besprechungen darüber sind in der Zentralarbeitsgemeinschaft fortgesetzt worden, ohne daß bisher feste Entschlüsse zustande gekommen wären. Zur Zeit ist ein Vorerprobungsversuch auf jeder Seite im Gange, welcher über die endgültige Stellungnahme der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu dieser Frage entscheiden soll. Der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellter und Beamtenverbände hat bei diesen Besprechungen die nachfolgenden Gedankenansätze vertreten, die in ihren Grundlinien von der Zentralarbeitsgemeinschaft einstweilen als Verhandlungsbasis anerkannt worden sind:

Als Ausgangspunkt der künftigen Gehaltsregelung soll der gegenwärtige Realwert in Frage kommen. Die darin festgelegten Sätze sind um einen gewissen Zuschlag zu vermehren, der sich nach der durch den zu schaffenden Realindex angezeigten Minderung der Kaufkraft richtet. Der bisherige Lohn soll ein Mindestlohn garantieren, das die Aufrechterhaltung eines gewissen Existenzminimums ermöglicht. Nur über die Höhe dieses Mindestlohns soll künftig zwischen den Parteien verhandelt werden; dagegen soll der mit dem Grundlohn zu multiplizierende Realindex in Zukunft in seiner Höhe ein für allemal festgelegt werden. Die Forderung der gesetzlichen Festlegung wird dadurch begründet, daß es sich hierbei nicht um eine einheitliche Regelung der Grundlöhne handelt, sondern nur um die Festlegung der Realwertbeständigkeit der Löhne. Die Berechnung des obligatorischen Realindex soll in der Weise erfolgen, daß auf die absolute Differenz des Lebenshaltungsindezes ein bestimmtes Prozentfuß etwa 25 Prozent der Differenz vom Großhandelsindex und Lebenshaltungsindezer, auf den letzteren aufgeschlagen wird. Weiterhin ist vom Gewerkschaftsrat beantragt worden, daß die Berechnung des bisherigen Lebenshaltungsindezes in verbesserten Methoden und in kürzeren Fristen zu erfolgen hat. Da diese Maßnahmen nur Vorbehalte bis zur endgültigen Lösung sämtlicher finanzwirtschaftlicher Schwierigkeiten sein können, hat der Gewerkschaftsrat eine einstweilige Regelung nach diesen Grundsätzen auf eine Frist von vorläufig drei Monaten vorgeschlagen.

Die Verhandlungen über die wertbeständigen Löhne vorläufig gescheitert.

Der Kampf um die wertbeständigen Löhne ist wegen Scheiterns der Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft in ein neues Stadium getreten. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten den Vorschlag der Arbeitgeber 80 u. H. des Soldatenausgleichs als Index festzusetzen ab, weil die Arbeitnehmerschaft dann keinen Einfluß auf die Indexbewertung haben würde. Das gleiche gilt auch für eine Anpassung an das Goldhaltungsmaß oder an den Dollarkurs. Auf der anderen Seite wenden sich die Arbeitgeber gegen einen Lebenshaltungsindezer mit Rücksicht auf die davon zu erwartende Beeinträchtigung der Preisgestaltung am Warenmarkt. Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen und sollen am Montag im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt werden. So wenig zu erwarten ist, daß das Problem der wertbeständigen Löhne nicht auf einem andern Wege gelöst werden kann, so muß man doch im allgemeinen Interesse die Verantwortung ausprechen, daß die Verhandlungen die bisher vorliegenden Schwierigkeiten waren, endlich zu einem praktischen Ergebnis führen.

Sieben neue Todesurteile.

Nach einer Gewandlung aus Mainz hat ein Prozeß gegen eine Reihe von Deutschen wegen verschiedener Taten zur Zeit geleiteter Sabotageakte stattgefunden. Das Kriegsgericht verurteilte sieben Angeklagte zum Tode. Es seien: Sasse, Mauser, Grube, Gahnz, Schneider, Freier und Frey; ein weiterer Angeklagter mit Namen Rantj wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und ein neuer Angeklagter, Adler, zu fünf Jahren Gefängnis.

Unter den Einzelheiten die die Agence Havas über den Prozeß veröffentlicht befindet sich die Angabe, daß die Mitglieder eines Freikorps gewesen seien. Die Angeklagten hätten zuerst geleugnet und dann erklärt, die Befehle zur Sabotage seien ihnen aus Augsburg von einem Dr. Brande, der der Sozialdemokratischen Partei angehöre, zugegangen. (?)

Hierzu meldet der „Welt Kurier“ aus Mainz noch folgendes: In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni wurden in Bodenheim die Bruchstücke einer Schiene in die Mitte einer Weiche getrieben, um dadurch den Schnellzug Wiesbaden-Frankfurt, der um 4:10 Uhr die betreffende Stelle passieren mußte, zur Entgleisung zu bringen. Die fünf ersten angeklagten Personen sind beschuldigt an dieser Sabotage teilgenommen zu haben. Frey soll Schneider angeworben und Adler soll diese beiden Personen beherbergt haben, trotzdem er von ihnen Absichten gewußt habe. Sasse und Frey hätten eine telephonische Hilfstabine außer Funktion gesetzt, während Rantj und Frey Explosivstoffe beibrachten. Die Angeklagten sollen zu ihrer Verteidigung ihre mündliche Bage angeführt haben, sowie die Ungelehrtheit, in der sie sich über die Ziele der Reichsorganisation, der sie alle angehören, befanden. Sie schrieben den größten Teil der Schuld auf einen flüchtigen Kameraden.

Die verteidigenden Rechtsanwälte, sämtlich Deutsche. Beantragten mildernde Umstände für die Angeklagten. Der Regierungskommissar hat acht Todesurteile beantragt. Nach einstimmiger Beratung sprach die Richter dann das obige Urteil.

Sofortiges Einschreiten der Reichsregierung. Nach Eingang der Meldungen über die Rainauer Todesurteile hat, wie das Wolffsche Büro meldet, die Reichsregierung sofort die erforderlichen Schritte zur Aufklärung des Tatbestandes und zum Schutze des Lebens der Beurteilten eingeleitet.

Weitere Schandurteile.

Das französische Kriegsgericht in Straßburg verurteilte den 13jährigen Lehrling Ewe zu 4 Wochen Gefängnis, weil er angeblich einen vorübergehenden belgischen Soldaten angestochen haben soll. — Das Kriegsgericht in Bochum verurteilte den Oberarzt Schöckmann, weil er sich weigerte, Betten aus dem Krankenhaus zur Verfügung zu stellen, zu 6 Monaten Carl Gefängnis.

Wieder 92 Millionen geraubt.

Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: Am 28. Juni brangen französische Kriminalbeamte in die Sporthalle zu Stoppenberg, Bezirk Essen, ein und „beschlagnahmten“ 92 895 000 Mark, die sie mitnahmen; der Bürgermeister Stoppenberg war wegen eines angeblichen Attentats auf einen französischen Soldaten eine Kontribution von zehn Millionen Mark auferlegt worden.

Kartoffeln in Dortmund.

Bei der Besetzung des Bahnhofes Dortmund sind den Franzosen 15 000 Kilo Roggen, 10 000 Kilo Kartoffeln, 10 000 Kilo Roggenmehl, 15 000 Kilo Hafer und 500 Kilo Stroh in die Hände gefallen. Die Lebensmittelversorgung der Stadt Dortmund hat sich in den letzten Tagen so unglücklich gestaltet, daß die Kartoffeln rationiert werden mußten und an jede Person nur zehn Pfund abgegeben werden.

Die Besetzungsergebnisse in der Einbrucharmee.

Die Besetzungsergebnisse innerhalb der Einbruchstruppen scheinen größere Formen anzunehmen. Bei den Vorfällen ist die Ursache hauptsächlich in den Unstimmigkeiten zwischen den Flamen und den Wallonen zu suchen. Bei den Franzosen gewinnen kommunistische und sonstige ausweierliche Elemente an Boden. So hat ein in Oberhausen stehendes Bataillon des französischen Infanterieregiments Nr. 151 auseinander, auch ein in Bültrath stehende kleinere Abteilung wurde abtransportiert werden, weil sie den Gehorsam verweigert hatte. Bei einer berittenen Abteilung in Langendreer hat sich ein Soldatenrat gebildet, der an den Kommandeur die Forderung stellte, die Offiziere sollten angewiesen werden, das gleiche Essen zu sich zu nehmen, wie die Mannschaften. Auch diese Truppe ist abgelöst worden und soll sich augenblicklich auf dem Schießplatz bei Bonn befinden. Es ist festgestellt, daß zahlreiche nach Frankreich geflüchtete Jäger Gefangenennahmen mit sich führen, in denen die Kämpfer aus dem Ruhrgebiet mitgebracht werden.

Das zweite Weißbuch über französisch-belgische Gewalttakte.

Dem Reichstag ist ein zweites Weißbuch der Sammlung eidlicher Auslagen über Gewalttakte der französisch-belgischen Truppen im Ruhrgebiet zugegangen. Das Weißbuch umfaßt 80 Fälle von Erschießungen, Verwundungen, Mißhandlungen, Verhaftungen und anderen Gewalttätigkeiten der Einbrucharmee.

Paris einmütig gegen den Vatikan.

Die vielfach laut gemordene Ansicht, daß der Papstbrief auf eine englisch-belgische Initiative zurückzuführen sei, wird von den amtlichen Kreisen in Paris nicht geteilt. Im Gegenteil, es erklärt man, würde Belgien den Brief sicherlich verhindert haben, wenn in Straßburg nicht die Kabinettsreise bestanden hätte. Die französische Kammer hat beschlossen, die Interpellationen über den päpstlichen Brief, deren Haß mittlerweile auf dem gestiegen ist, am nächsten Freitag zu erörtern. Poincaré hat dieses Datum selbst vorgeschlagen mit dem Bemerkung, er fände es sehr natürlich, daß die Kammer Erklärungen über diese Frage zu erhalten wünscht.

Der „Excelsior“ veröffentlichte Äußerungen von Abgeordneten verschiedener Parteien über den Papstbrief. Der liberale Abgeordnete de Magallon — einer der vier Interpellanten — erklärte, die Katholiken seien nicht verpflichtet, der Ansicht des Papstes über eine religiöse und politische Frage beizupflichten. Der Progressivste, der gleichfalls eine Interpellation eingereicht hat, vertritt die Auffassung, daß Frankreich sich gegenwärtig durch nichts abhalten lassen dürfe, seine Sicherheit zu wahren und damit dem Frieden zu dienen. Der Radikale Lumesnil äußerte, er werde hauptsächlich darüber interpellieren, ob der französische Vorkämpfer beim Vatikan wirklich für Frankreich von Wert sei. Für der Sozialist Boncourt und ein kommunistischer Abgeordneter versicherten, daß die äußerste Strafe die Kundgebung des Papstes freudig begrüßt habe und vollkommen billige.

In Parlamentären Kreisen wird dem Papstbrief beim Vatikan „Senator Boncourt“ nicht kritisiert. Man wirft ihm vor, sein Amt vernachlässigt zu haben. Hierbei sei daran erinnert, daß Boncourt vor einigen Monaten hat zurücktreten wollen, dann aber auf Witten Poincarés einer Verlängerung seiner Mission in Rom zugestimmt hat. Es verlautet, daß Boncourt während der Parlamentsferien durch den letzten Justizminister Colrat ersetzt werden soll. Dies würde Poincaré erwidern, den Minister des Innern Maunoury, der dem rechten Flügel seiner Regierung als Innenminister nicht genehm ist, mit der Leitung des Justizministeriums zu betrauen.

Das Echo in Rom.

Mit großen Überschriften schildern die Blätter aus Paris den heimlichen Eindruck, den der Brief des Papstes dort gemacht hat. Der Korrespondent des katholischen Corriere d'Italia will allerdings an nachgehenden Stellen erfahren haben, daß der enttäuschte Ton der Pariser Blätter nicht die Meinung der Verantwortlichen Stellen widerspiegelt. Soweit in Rom Gerüchte aufgeschwebt der journalistischen Kreise festgestellt werden konnten, ist sicher, daß wohl niemand die Ansicht teilt, der Brief müßte verzögernd auf die Entwicklung der Dinge einwirken. Die italienische Regierung scheint sich sogar zu bemühen, die verschiedenen Bestimmungen nicht zu groß werden zu lassen. Man sieht in dem Briefe des Papstes in erster Linie eine ernsthafte Mahnung an alle die nicht überhört werden dürfe. Die italienischen Vorkämpfer im Auslande sollen über diesen Standpunkt der italienischen Regierung bereits ausführlich unterrichtet worden sein, damit sie auf eventuelle Fragen antworten können.

Weiters erwidern auch die der italienischen Regierung nahestehenden Zeitungen sehr hart auf die französischen Unterstellungen und die Ablehnung des päpstlichen Briefes. Die „Idea Nazionale“ schreibt u. a., die Mächte, die Frankreich zu seinem Siege beizuhelfen könnten ihm heute nicht das gestatten, was sie 1914 Deutschland verweigert haben. Weiß dürfte Frankreich seine eigenen Interessen erweitern, aber die anderen europäischen Staaten seien verpflichtet, ihre Interessen zu wahren, die heute in einem Übermaß zu dem Frankreich führen. Die Mächte, die heute so sehr wundern, wenn sich die Dinge so entwickeln, sind reich entfernt habe. Italien würde Deutschland vollkommen ausweichen, wenn es sich nicht in Europa in einem Übermaß zu dem Frankreich würde.

DW
nemisch
Anzüge
Kinder
oben
en
toffe
le, Pelze
spiele.
Programme
Furcht.
In 6 Akten.
In der Kraft.
ffen.
In 2 Akten.
In 2 Akten.
In 2 Akten.
In 2 Akten.
nos
oniums
abrikate.
on sämtlicher
und Blas-Instr.
s, Aue
strasse Nr. 19.
Co.
htungen
rola-Str. 2
anberg
nberg.
Sach.
ind
agen
gen Bedarf
cht.
mit Bild und
ung.
auptlfr. 85.
und 982.
schnell
rel des
lattes.
uenhaar
und mehr.
und Gar.
tr. 48.
essigst sicher
Lebwohl
schwindet durch
Scheiben
schalen.
K. Sommer

Explosion in einem belgischen Urlaubszug.

Der Agentur Havas wird aus Duisburg berichtet: Sonnabend früh 2 Uhr explodierte auf der Linie Duisburg-Friemersheim in der belgischen Zone im Innern eines Wagens eines Urlaubszuges kurz nach der Ausfahrt aus Duisburg auf der Rheinbrücke eine Bombe. Neun belgische Soldaten und zwei deutsche Zivilisten wurden getötet und 48 Personen, größtenteils belgische Soldaten, wurden schwer verletzt. Ein Wachtposten, der die Brücke bewachte, wurde durch ein Eisenstück getötet. Das Unglück hat sich nach den bisherigen Feststellungen folgendermaßen abgepielt: Als der Personenzug der französisch-belgischen Eisenbahnregie, größtenteils mit belgischen Soldaten, der um 1,04 Uhr nachts den Duisburger Hauptbahnhof verläßt, auf der Vorbrücke der Hochfelder Rheinbrücke ankam, ereignete sich eine gewaltige Explosion, die so stark war, daß in Duisburg die Fenster scheibeln erzitterten. Mehrere Wagen des Zuges wurden durch die Explosion vollständig zertrümmert und in die Luft geschleudert. Schwerere Beschädigungen am Bahnkörper und an den Brückenbauten sind nicht erfolgt. Das Mauerwerk der Brücke ist nur unerschwerlich beschädigt ebenso sind die Schienen nicht allzu schwer lädiert worden. Bereits am Nachmittage konnte ein Zug der Eisenbahnregie wieder die Rheinbrücke passieren. Ueber die

Ursache der Explosion

Ursache bis in die Abendstunden noch keine abschließenden Feststellungen vor. Den deutschen Stellen ist die Untersuchung des Vorfalles vollkommen unbefriedigend gemacht worden. Als sich in den frühen Morgenstunden deutsche Polizei- und Kriminalbeamte zu der Unfallstelle begaben, um die Untersuchung einzuleiten, wurden sie vom belgischen Militär mit Gewehrschüssen empfangen. Auch die belgische Untersuchung scheint bisher zu keinem Ergebnis geführt zu haben. Der Tatort ist im weiten Umfange durch Belgier abgesperrt.

Bei der Schwierigkeit der Untersuchung lassen sich bisher nur Vermutungen über die Ursache anstellen. Auf deutscher Seite nimmt man an, daß die Explosion in einem Wagen des Zuges selbst erfolgt sein muß da man beobachtet hat daß bei einem der beschädigten Wägen der Unterbau unbeschädigt blieb und weiterfuhr, während die Seitenwände und die Decke wegflogen. Es könnte sich aus diesem Grunde auch nicht um einen Sprengkörper handeln, der auf der Brücke lag, weil sonst die Lokomotive des Zuges schon die Sprengung bewirkt hätte und die Fahrbahn nicht unbeschädigt geblieben wäre.

Obwohl die belgische Untersuchung bisher noch nichts, was auf ein deutsches Attentat schließen ließe, ergeben hat, hat der kommandierende General von Duisburg der belgische General Baurat, indes

Schwere Sanktionen über die Stadt Duisburg

verhängt. In einem Befehl, der während der Nachmittagsstunden in Duisburg veröffentlicht wurde, wird zunächst die Verhaftung von zwanzig Geiseln angekündigt. Am Vormittage sind bereits zehn Herren verhaftet worden, und zwar hohe städtische Beamte, Fahrer der Duisburger Partein und ein führender Journalist. Sämtliche Kinos und öffentlichen Lokale in Duisburg müssen ab 10 Uhr vollkommen geschlossen bleiben. Jeder Straßenbahnverkehr innerhalb der Stadt Duisburg ruht von diesem Zeitpunkt ab. Der Verkehr von Autos und Motorrädern in der Stadt ist verboten. Der Personenverkehr ist auf den Duisburger Straßen unterlagt von 10 Uhr abends bis 6 Uhr mor-

gens. Zu bemerken ist noch, daß bis auf weitere Befehle keinerlei Waffenschirme aufgestellt werden, weder für Personen noch für Fahrzeuge.

Die Stadt Duisburg ist schon durch frühere Eingriffe der Belgier ihrer leitenden Beamten zum größten Teile beraubt worden, und ihr wird durch die neuen Sanktionen ein weiterer schwerer Verlust zugefügt. Die städtische Verwaltung ist jetzt fast vollkommen lahmgelegt.

Die Duisburger Presse aller Parteidirectionen läßt die Frage offen, ob ein deutscher Sabotageakt oder ein Unglücksfall die Ursache der Explosion war. Für den Fall aber, daß ein Sabotageakt vorliegt, wird in der ganzen Presse von rechts bis links eine derartige Tat auf das Entschiedenste verurteilt. Die „Niederrheinischen Nachrichten“ schreiben zu dem Fall: „Wer es mit Deutschland aufrichtig meint, führt den passiven Widerstand mit heftigen Waffen aus und nicht mit Bomben, die nimmermehr eine Wendung zu unseren Gunsten herbeiführen können.“

Nach den aus Brüssel ausgegebenen Nachrichten soll es sich um die Explosion einer Bombe handeln, die angeblich im Bedürfnisraum eines Wagens niedergelegt war. Der Wagen sei vollständig zertrümmert mehrere andere Wagen und die Schienen schwer beschädigt. In Brüsseler amtlichen Kreisen herrscht große Erregung über den Zwischenfall, der dort selbstverständlich gleich den Deutschen zur Last gelegt wird, und der Kriegsminister hat „ernste Bergelungsmassnahmen“ angekündigt. Havas meldet aus Brüssel, der belgische Kriegsminister habe General Ducquoy mit der Weisung nach Duisburg geschickt, schärfste Repressalien zu veranlassen.

Rein deutscher Sabotageakt.

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten liegt wie bereits betont, nicht der mindeste Grund zur Annahme vor daß das Explosionsunglück auf der Rheinbrücke bei Duisburg von deutscher Seite hervorgerufen worden ist. Selbst die Agentur Havas berichtet, daß das Unglück auf die Explosion einer Bombe oder eines Gasbehälters im Zuge zurückzuführen sei.

Obwohl der Sachverhalt noch völlig unaufgeklärt ist, wobei insbesondere die Frage zu prüfen wäre, ob das Eisenbahnunglück nicht etwa auf das Konto der Fahrkunst der französisch-belgischen Regie zu legen ist, sieht sich der belgische kommandierende General Beauvain veranlaßt mit drakonischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung des Duisburger und des Hamborner Gebietes vorzugehen. Ueber diese beiden Städte ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Um die französische Antwort.

London erwartet schriftliche Antwort.

Die Frage, ob Poincarés Antwort mündlich oder schriftlich erfolgen werde, scheint in London größeres Interesse zu erwecken, als der Inhalt der Antwort selbst. Die offiziellen Londoner Organe geben an die Pariser Presse deutlich zu verstehen, daß man auf englischer Seite eine schriftliche Antwort erwarte. Sowohl die „Times“ wie der „Daily Telegraph“ betonen diesen Punkt, in dem Lord Curzon eine Frage seines persönlichen Prestiges erobert. Der „Daily Telegraph“ sagt, man glaubt in London nicht, daß eine so starke Autorität auf dem Gebiet des juristischen und diplomatischen Verfahrens wie Poincaré auf eine schriftliche Anfrage, die klare und unabweigende Definitionen verlangt, anders als schriftlich antworten werde.

Die französisch-belgische Antwort soll mündlich geschehen. Der französische Botschafter ist, wie am Duai d'Orsay mitgeteilt wurde, nach einem letzten Meinungsaustausch zwischen

Paris und Brüssel angewiesen worden, die englischen Fragen nunmehr endgültig zu beantworten. Auch der belgische Botschafter in London scheint von seiner Regierung entsprechende Instruktionen erhalten zu haben. Auf die Frage, ob Frankreich und Belgien den englischen Fragebogen identisch beantwortet, wurde am Duai d'Orsay ein ausweichender Bescheid erteilt. Man betont, daß dies „keine große Rolle spiele“, da die Botschafter nur zur mündlichen Beantwortung der Fragen angewiesen wurden, und die Beantwortung mehr dem Charakter eines Meinungsaustausches annehmen werde. Es hängt jetzt von der englischen Regierung ab, wann die Botschafter Frankreichs und Belgiens empfangen werden.

Bemerkenswert ist eine Andeutung des Pariser „Times“-Korrespondenten, aus der hervorgeht, daß Frankreich aus dem Sturz der Wall für seine Haltung gegenüber den Alliierten Nutzen zu ziehen hoffe. Man sei in Paris der Ansicht, daß das ganze Reparationsproblem und das Problem des Verhältnisses der Alliierten zu Deutschland seit dem Zusammenbruch der deutschen Währung in einem ganz veränderten Lichte zu betrachten sei. Alle Pläne für eine wirtschaftliche Regelung seien vielfach nach französischer Auffassung zwecklos. Es sei ärgerlich, daß alle Freunde der Entente in den nächsten Wochen einige angestrichelte Stunden durchleben werden, aber zum Besten aus sei keine Veranlassung, dem Frankreich hoffe noch immer, daß England in einer gemeinsamen Antwort an Deutschland der französischen Politik in weitem Umfange zustimmen werde.

In einem zu den bevorstehenden Verhandlungen mit Paris von Reuters herausgegebenen Kommuniqué wird ausdrücklich betont, man stehe in amtlichen englischen Kreisen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die deutsche Note auch jetzt noch eine Antwort verdiene.

London mit dem Kabinett Theunis zufrieden.

Die Lösung der belgischen Ministerkrise durch Theunis wird in den Londoner offiziellen Organen natürlich mit der üblichen Befriedigung begrüßt, obgleich man vielleicht auf englischer Seite mit einem anderen Ausgang der Krise gerechnet hatte. Theunis gilt zum Teil noch unerschütterlicher als Poincaré. Auf englischer Seite scheint man nach Beobachtung der Krise nun wieder vor allem auf die vor Beginn der Krise vorgelagten Pläne der belgischen Sachverständigen zurückkommen zu wollen, die, wie der „Daily Telegraph“ betont, weder eine militärische Befreiung des Ruhrgebietes, noch eine Einmischung in die innere deutsche Verwaltung in sich schließen. Auch in der Frage der produktiven Pfänder hätten die Franzosen den belgischen Standpunkt ganz außer acht gelassen, und schließlich sei auch in der Frage der Kosten der Ruhrbefreiung zu erinnern, in der die Regierung Bonar Law bekanntlich auf dem Standpunkt steht, daß eine Separation nicht dem allgemeinen Guthehden der Alliierten zur Last fallen dürfe.

Der Kampf um die Luftvorherrschaft.

Im Laufe der Budgetberatung der Kammer kam es während der Nachtstunden zu einer Debatte über das Verhältnis der französischen und englischen Luftfahrt in welcher der Abgeordnete Benazet auf die vom Premierminister Baldwin im Unterhaus abgegebene Erklärung hinwies. England bedürfte einer Luftkraft die derjenigen der stärksten Luftmacht im näheren Umkreis zum mindesten gleichkomme. Der Redner protestierte energisch gegen diese im Londoner Unterhaus gefallene Aeußerung, die die Annahme enthalte daß Frankreich an einen Angriff denke. Kriegsminister Maginot führte aus, Frankreich habe beim Waffenstillstand 3500 Flugzeuge und Maschinen gehabt. Es habe zurzeit nur noch 1800. (Das ist glatter Schwindel des Kriegsministers indem er weder die in Reserve stehenden Militärflugzeuge noch die für militärische Benutzung vorgesehenen Zivilflugzeuge einberechnet, die beide zusammen mindestens noch einmal die gleiche Summe darstellen.) Für Frankreich sei es eine Notwendigkeit, die

Die Sängerin.

Novelle von W. Hauff.

„Das ist ein sonderbarer Vorfall,“ sagte der Kommerzienrat Bolnau zu einem Bekannten, den er auf der Breiten Straße in W. traf: „sieht selbst, wir leben in einer argen Zeit.“

„Ihr meint die Geschichte im Norden?“ entgegnete der Bekannte; „habt Ihr Handelsnachrichten, Kommerzienrat? Hat Euch der Minister der Auswärtigen aus aller Freundschaft etwas Näheres gesagt?“

„Ach, geht mir mit Politik und Staatspapieren; meinethwegen mag geschehen, was da will. Nein, ich meine die Geschichte mit der Bianetti.“

„Mit der Sängerin? Wie? ist sie noch einmal engagiert? Man sagte ja, der Kapellmeister habe sich mit ihr überworf.“

„Über um Gotteswillen,“ rief der Kommerzienrat und blieb staunend stehen; „in welchen Spielarten treibt Ihr Euch umher, daß Ihr nicht wisst, was sich in der Stadt zuträgt? So wisst Ihr nicht, was der Bianetti arrierte?“

„Kein Wort, auf Ehre: was ist es denn mit ihr?“

„Nun, es ist weiter nichts mit ihr, als daß sie heute nacht weggestochen worden ist.“

Der Kommerzienrat galt unter seinen Bekannten für einen Späßvogel, der, wenn er morgens von elf bis mittig seine Bromenaden in der Breiten Straße machte, die Leute gerne aufhielt und ihnen irgend etwas aus dem Stegreife aufsand. Der Bekannte war daher nicht sehr gerührt von dieser Schreckensnachricht, sondern antwortete: „Welter wisst Ihr also heute nichts, Bolnau? Ihr müßt doch nachgerade mit Eurem Wis zu Wande sein, weil Ihr die Farben so stark auftraget. Wenn Ihr mich übrigens ein andermal wieder stellet in der Breiten Straße, so besinnt Euch auf etwas Vernünftigeres, sonst bin ich genötigt, einen Umweg zu machen, wenn ich von der Kasse nach Hause gehe.“

„Er glaubt's wieder nicht!“ rief der Spaziergänger; „Ihr müßt doch nachgerade mit Eurem Wis zu Wande sein, weil Ihr die Farben so stark auftraget. Wenn Ihr mich übrigens ein andermal wieder stellet in der Breiten Straße, so besinnt Euch auf etwas Vernünftigeres, sonst bin ich genötigt, einen Umweg zu machen, wenn ich von der Kasse nach Hause gehe.“

tragen hat. Aber wenn eine Sängerin hier in W. totgestochen wird, da will keiner glauben, bis man den Leichenzug sieht. Aber Freundschaft, diesmal ist's wahr so wahr ich ein ehrlicher Mann bin.“

„Mensch! Bedenket, was Ihr sagt!“ rief der Freund mit Entsetzen. „Tot sagtet Ihr? Die Bianetti totgestochen?“

„Tot war sie vor einer Stunde noch nicht, aber sie liegt in den letzten Tagen, so viel ist gewiß.“

„Aber sprecht doch um Himmels willen! Wie kann man denn eine Sängerin totstochen? Leben wir denn in Italien? Wie ging es denn zu? Totgestochen!“

„Schreiet doch nicht so mörderlich!“ erwiderte Bolnau bedächtig; „die Leute fahren schon mit den Köpfen aus allen Fenstern und schauen nach dem Straßenlärm. Ihr könnt ja mit gedämpfter Stimme tanzen, soviel Ihr wollt. Wie es zugeht? Ja, seht, da liegt es eben; das weiß bis jetzt kein Mensch. Gestern nacht war das schöne Kind noch auf der Redoute, so lebenswürdig, so begaubernd wie immer, und heute nacht um zwölf Uhr wird der Medizinalrat lange aus dem Bette geholt, Signora Bianetti liegt im Sterben; sie habe eine Stichwunde im Herzen. Die ganze Stadt spricht schon davon, aber natürlich das tollste Zeug. Es sind allerdings fatale Umstände dabei, daß man nicht ins reine kommen kann; so darf z. B. niemand ins Haus als der Arzt und die Leute, die sie bedienen. Auch bei Hof weiß man es schon, und es kam ein Befehl, daß die Wache nicht am Haus vorbeiziehen dürfe; das ganze Bataillon mußte den Umweg über den Markt nehmen.“

„Was Ihr sagt! Aber weiß man denn gar nicht, wie es zugeht? Hat man denn gar keine Spur?“

„Es ist schwer, sich aus den verschiedenen Gerüchten auf das Wahre durchzuarbeiten. Die Bianetti, das muß man ihr lassen, ist eine sehr anständige Person, der man auch nicht das Geringste nachsagen kann. Nun, wie aber die Leute sind, besonders die Frauen, wenn man da von dem ordentlichen Lebenswandel des armen Mädchens spricht, zuckt man die Achseln und will von ihrem früheren Leben allerlei wissen. Von ihrem früheren Leben! Sie hat kaum siebenzehn Jahre und ist schon anderthalb Jahre hier. Was ist das für ein früheres

Leben!“

„Haltet Euch nicht so lange beim Eingang auf!“ unterbrach ihn der Bekannte, „sondern kommt auf das Thema. Weiß man nicht, wer sie erstochen hat?“

„Nun, das sage ich ja eben; da soll es nun wieder ein abgewiesener oder eifersüchtiger Liebhaber sein, der sie umbrachte. Sonderbar sind allerdings die Umstände. Sie soll gestern auf der Redoute mit einer Maske, die niemand kannte, ziemlich lange allein gesprochen haben. Sie ging bald nachher weg, und einige Leute wollten gesehen haben, daß dieselbe Maske zu ihr in den Wagen stieg. Weiter weiß niemand etwas Gewisses. Aber ich werde es bald erfahren, was an der Sache ist.“

„Ich weiß, Ihr habt so Eure eigenen Kanäle, und gewiß habt Ihr auch bei der Bianetti einen dienstbaren Geist. Es gibt Leute, die Euch die Stadtkronik nennen.“

„Zu viel Ehre, zu viel Ehre,“ lachte der Kommerzienrat und schien sich ein wenig geschmeichelt zu fühlen. „Diesmal habe ich aber keinen anderen Spion als den Medizinalrat selbst. Ihr müßt bemerkt haben, daß ich ganz gegen meine Gewohnheit, nicht die ganze Straße hinauf und hinauf wandle, sondern mich immer zwischen der Karls- und Friedrichstraße halte.“

„Wohl habe ich dies bemerkt, aber ich dachte, Ihr macht Fensterparade vor der Staatsrätin Baruch.“

„Geht mir mit Baruch! Wir haben seit drei Tagen gebrochen, meine Frau sah das Verhältnis nicht gern, weil jene so hoch steht. Nein, der Medizinalrat lange kommt alle Tage um zwölf Uhr durch die Breiten Straße, um ins Schloss zu gehen, und ich stehe hier auf dem Umstand, um ihn logisch aufs Korn zu nehmen, wenn er um die Ecke kommt.“

„Da bleibe ich bei Euch,“ sprach der Freund, „die Geschichte der Bianetti muß ich genauer hören. Ihr erlaubt es doch, Bolnau?“

„Welter, geniert Euch ganz und gar nicht,“ entgegnete jener; „ich weiß, Ihr wisset um zwölf Uhr; lasst doch die Suppe nicht kalt werden. Ueberdies könnte Lange vor Euch nicht mit der Sprache recht heraus wollen; kommt lieber nach Tisch ins Kaffeehaus, dort solltet Ihr alles hören. — Macht übrigens, daß Ihr fortkommt, dort biegt er schon um die Ecke.“

Zahl seiner Flugzeuge und seiner Geschwader zu erhalten, da es bestimmt wisse, daß Deutschland erhebliche Anstrengungen mache, um sich eine Luftschiffahrt zu schaffen. (1) Es handle sich nicht um England, es handle sich ausschließlich um Deutschland. (2) Es wäre von französischer Seite unangebracht, sich von neuem einer deutschen Gefahr auszusetzen. (3)

Ausführlich berichtet über die Sitzung der „New York Herald“, der seine Darstellung mit den Worten einleitet: Die militärischen Elemente der französischen Kammer werden den Kampf aufnehmen gegen jeden Versuch, die Entwicklung der französischen Luftschiffahrt einzuschränken. General de Castelnau hat nach dem Blatte unter stürmlichem Beifall erklärt: In der Luftschiffahrt geht Frankreich allen Nationen voran, und es wird kein Weibchen tun, um diesen Vorsprung zu erhalten. Die Kammer habe unmittelbar darauf einen Sonderkredit in Höhe von 37 Millionen Franken für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiete der Luftfahrt mit 490 gegen 70 Stimmen angenommen.

Es hat nicht mehr als fünf Jahre gedauert, bis die Steiger im großen Kriege untereinander das gleiche Vertrauen hegten haben, das man seinerzeit als Hauptursache des Weltkrieges bezeichnete. Damals lag der Schwerpunkt bei den Flotten und der schweren Artillerie. Heute liegt er, entsprechend den veränderten technischen Verhältnissen, bei der militärischen Luftfahrt. Bazillen und von der Härlichkeit der Entente gläubig überzeugte können sich wundern über die Stärke der Luft, während derer der Sieg der Entente über Deutschland der Welt das Schauspiel des Krieges erstarrt hat. England, das in lechziger Weise die adäquate Entlohnung Deutschlands zugelassen hat, bezahlt diesen Fehler heute mit den Millionen, die es für seine Luftflotte ausgeben muß. Frankreich wird in der fränkischen Sucht, ganz Europa mit seinen Waffen zu beherrschen, England zu übertrumpfen suchen, ohne sich zu scheuen, die dafür erforderlichen Kosten dem Wiederaufbau seiner zerstörten Provinzen zu entziehen. Es ist eine bittere, aber lehrreiche Ironie der Geschichte, daß die Entente, die unter der Devise „Weltverbündener“ gegen Deutschland ausging, heute nur noch in einem Punkte einig ist: im Vertrauen gegeneinander.

Kleine politische Meldungen.

Siemens Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates. In der am Freitag abgehaltenen 57. Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde an Stelle des verstorbenen Eblen von Braun Herr von Siemens einstimmig mit 212 Stimmen bei zwei Enthaltungen zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates gewählt. Der Vorsitzende leitete die Sitzung, während sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben, des verstorbenen 1. Vorsitzenden Eblen von Braun, der sich um die deutsche Kriegswirtschaft wie auch um die Überleitung in die Friedenswirtschaft und in die freie Wirtschaft in gleicher Weise verdient gemacht habe. Er habe mit großem Geschick ausgezeichnet geleitet. Durch den Heimgang dieses ausrechen, ehlen Charakters habe der Reichswirtschaftsrat einen schweren Verlust erlitten. Weiter gedachte der Vorsitzende des Ablebens des Geh. Oekonomierats Dr. Andr.

Der Druck auf den französischen Franken. Der „New York Herald“ erwähnt als wichtige Momente für die Beurteilung der französischen Valuta in den nächsten Monaten bedeutende Zahlungen Frankreichs an das Ausland für Rohmaterialien, darunter hauptsächlich für englische Kohle und amerikanische Baumwolle. Die Kohlenrechnung soll besonders schwer sein, da die Zufuhren aus dem Ruhrgebiet sehr gering sind. Das Blatt weist auch auf die Tatsache hin, daß französische Städte und Eisenbahnen rund 182 Mill. Doll. geborgt haben, wofür vorläufig der Zinsdienst zu leisten ist. Einen möglicherweise bedeutenden Einfluß auf den Franken können das kalte Wetter und die voraussichtlich späte Getreideernte ausüben, die große Weizeninfurten aus der Union notwendig werden lassen. Riegt man weiterhin in Betracht, daß Frankreich aus dem Touristenverkehr dieses Jahres nicht die erhofften Einnahmen, speziell aus Dollarumschwehungen, zieht, so ist wohl mit einem fühlbaren Druck auf den französischen Devisenmarkt zu rechnen. Das einzig günstige Moment für den französischen Devisenmarkt ist nach dem gleichen Blatte die ruhige innerpolitische Lage.

Von Stadt und Land.

Aus, 2. Juli.

Für Abänderung des Religionssteuergesetzes. Nach einem Beschlusse des Landtages vom 14. Juni ist die Sperrvorschrift des Religionssteuergesetzes aufgehoben worden, nach der die Kirchensteuer nur 10 v. D., in Ausnahmefällen bis zu 15 v. D. der Einkommensteuer betragen darf. Damit ist nunmehr ein Deminut beseitigt, das bisher die Erhebung zeitgemäßer Kirchensteuer unmöglich machte. Die Sperrvorschrift, die unter der Voraussetzung festgesetzt war, daß die Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben sei, hatte bei einer Erhebung als Zuschlag zur Einkommensteuer des Vorjahres für eine Zeit rapider Geldentwertung das Steuerrecht der Kirche geradezu illusorisch gemacht. Die Erhebung des Zuschlages zur laufenden Einkommensteuer oder bei stabiler Geldwertigkeit würde auch in Zukunft die Sperrvorschrift durchaus erträglich sein und der Kirche kaum in Anspruch genommen werden müssen. Daher wären auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten bereits durch eine Bestimmung zu beheben gewesen nach der in besonderen Fällen eine Ausnahme von der Sperrvorschrift zulässig wäre. Wenn indessen der Staat überhaupt keinen Nachschlag mehr festlegt, so kann die Landeskirche diese größere Freiheit nur begrüßen, da sie nicht mehr bei den zuständigen Staatsbehörden die Genehmigung einer höheren Kirchensteuer nachsuchen muß. Bedauerlich bleibt nur, daß auch bei der Abänderung des Religionssteuergesetzes den Religionsgesellschaften die ihnen entzogenen Steuerquellen nicht zurückgegeben sind und so auch künftig die Einkommensteuer einseitig belastet bleibt. Man weiß sehr wohl, warum die sozialistische Mehrheit des Landtages ohne Rücksicht auf die ungünstige Auswirkung dieser Maßnahme Zuschläge zur Abperschaffungssteuer, zur Grund- und Grundbesitzsteuer ver-

weilert und die Einkommensteuer so schwer zu belasten strebt. Die Kirchensteuer soll dadurch möglichst unerträglich gemacht werden. Dennoch braucht man nicht zu befürchten, daß die Kirchensteuer übermäßig angepannt werden muß, denn sie wird auch bei der notwendigen kräftigen Ueberhöhung des bisherigen Höchstfußes 10 v. D. der laufenden Einkommensteuer längst nicht erreichen. Andererseits darf man sich aber auch nicht einbilden, daß durch das erweiterte Steuerrecht die kirchliche Finanzlage geordnet und der Not der Kirche abgeholfen sei. Bei den gegenwärtigen Bestimmungen über die Steuererhebung ist auch durch die Aufhebung der Sperrvorschrift keine Möglichkeit geboten, die Steuerentnahmen dem jeweiligen Geldwerte anzupassen. Daher bleibt die Landeskirche nach wie vor auf die verfassungsmäßigen Staatsausfälle zum Befoldungsaufwand notwendig angewiesen, die nach den Grundblättern des Reichsgesetzes der juristischen Fakultät unserer Landesuniversität der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen sind. So gewiß die Landeskirche im Vertrauen auf die Opferbereitschaft der Gemeinden den Weg der Selbsthilfe eingeschlagen beschreitet und unbedenklich die Kirchensteuer zeitgemäß erhöhen wird, so wenig kann sie daher daran denken, ihre Rechtsansprüche gegenüber dem Staate preiszugeben.

Professor D. Dittmann, Leipzig, M. d. V.

Arbeitsmarktbericht vom 17. bis 23. Juni. Die Gesamtarbeitsmarktlage in dieser Berichtswoche zeigt im wesentlichen das gleiche Bild wie in der Vorwoche. Die leichte Verbesserung und die günstige Entwicklung in der Vermittlungszahl hielt weiter an. Aufnahmefähig für Arbeitsuchende blieben die Glas- und Ofenfabrikation und teilweise auch die Blechbetriebe, ferner die Metall-, Textil-, Papier-, Holz-, Zigarren- und die chemische Industrie, sowie das Buchbindergewerbe. Im Sattler- und Tapezierergewerbe bestand Nachfrage nach Autosattlern, Portesieulern und Klümmelarbeitern. In der Landwirtschaft hat zwar die Vermittlungstätigkeit infolge des schlechten Wetters etwas nachgelassen. Trotzdem hat aber dieser Berufszweig nach wie vor Bedarf an jungen Burken und Mädchen, der nicht gedeckt werden kann. Die Zahl der arbeitslosen Gärtner ist leider noch im Steigen begriffen. Im Baugewerbe hielt dagegen die Besserung der Arbeitsmarktlage trotz der ungnügigen Witterung an und insbesondere nach Maurern, teilweise aber auch nach Malern war Nachfrage. Für Zimmerer und Dachdecker bot sich dagegen noch immer keine Beschäftigungsmöglichkeit. Durch Umwandlung ins Baugewerbe freigeordnete Stellen im Bergbau wurden von Arbeitskräften am Orte sofort wieder besetzt. Ungünstig blieb die Lage für kaufmännische Angestellte und für ungelernete Arbeiter, aber auch für gelernete Arbeiter in Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und in der Sägewarenindustrie sowie im Bekleidungs- und Gastwirtsgeerbe hat sich die Lage noch nicht gebessert.

Frauzenzulage der Kriegsbefähigten. Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen schreibt uns: Nach dem Abänderungsgesetz zu R. V. G., das in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird, erhalten die verheirateten Kriegsbefähigten (d. h. die Befähigten, deren Tätigkeit infolge Dienstbeschäftigung um mindestens 50 v. D. gemindert ist) und die verheirateten Kapitulantent, die eine Dienstzeitrente von mindestens 50 v. D. der Vollrente beziehen, zu ihren Versorgungsbefähigten, vom 1. Januar 1923 ab eine Frauenzulage. Diese Frauenzulage kann bei den Versorgungsbeamten bei der Umrechnung der Versorgungsgebühren nur dann sofort berücksichtigt werden, wenn der Versorgungsberechtigte durch eine amtliche Bescheinigung den Nachweis erbringt, daß er verheiratet ist und seine Frau lebt. Es empfiehlt sich, daß die in Betracht kommenden Personen eine solche Bescheinigung unaufgefordert den Versorgungsbehörden einreichen, andernfalls die Umrechnung der Rente nach dem Abänderungsgesetz zunächst ohne Berücksichtigung der Frauenzulage vorgenommen und der entsprechende Betrag nachgezahlt wird. Die Nichtigkeitsbescheinigungen können von jeder Zivil- oder Militärbehörde und von jeder Person vorgenommen werden, die zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigt ist.

Mutter: Der . . . Datum . . .
Ich bin seit . . . verheiratet. Meine Frau lebt.
Amtsiegel . . .
Name . . . Vor- und Nachname . . .
Dienststellung . . . Stammkarten-Nr. . .
Geschäftszeichen . . .

Für Eltern taubstummer und schwerhöriger Kinder. An der staatlichen Taubstummenanstalt zu Leipzig-Zhomburg, Karl-Steigamundstraße 2, ist eine Beratungsstelle für Angehörige taubstummer und schwerhöriger Kinder eingerichtet worden. Jede Mutter kann hier erfahren, wie sie sich auch mit ihrem taubstummen oder schwerhörigen Kind schon vom ersten Lebensjahre an beschäftigen kann. Die Beratung erfolgt kostenlos. Ein Merkblatt über den Verkehr mit taubstummen oder schwerhörigen Kindern wird zum Selbstkostenpreis abgegeben, auch auf Wunsch hin versandt.

Der neue Goldankaufpreis. Die Reichsbank hat ab 2. Juli den Ankaufpreis für ein Zwanzigmarkstück auf 550 000 Mark und für Silbermünzen auf das 1100fache des Nennwertes festgesetzt.

Die neue Geschichte. „Die Sängerin“ von Hauff ist sogar ein wenig das, was man „spannend“ nennt, aber nur ein wenig. Sonst ist die ganze Novelle recht gemütlich-humoristisch, sogar der Erzähler, der darin vorkommt. Und einen lähmenden Schrecken verspürt keiner, wenn er das liest, „was der Bianetti arbeitserte“. Es ist ihr ja ein kleiner Dolchstoß ausgefallen, aber man fühlt schon fröhlich, wie alles enden wird. Der lebenswürdige Kommerzienrat Wolman, der, ohne daß er es will, das glückliche Ende herbeiführt, ist geradezu lyrisch für die ganze Novelle in seiner Freude am Wachsen und seiner Angst vor den „Juden“, mit denen er gewartet ist. Daß er mit seinem Sohne in so harten Konflikt geraten konnte, traut man ihm nicht so recht zu; sicher hat er es nur deswegen getan, damit später die Novelle einen recht hübschen veröhnenden Schluß bekam. Welchen, darüber mag sich nur jeder selbst bestimmen!

Konzerte.

Bratschkonzert der Volkshochschule. Merkwürdig, daß sich manche schöne neuegliche Einrichtungen in Aus so schwer durchsetzen lassen! Anderswo sind musikalische Morgenkonzerte am Sonntag vormittag schon seit Jahren allgemein beliebt. Hier in Aus müht sich die Volkshochschule, sie einzubürgern und findet leider noch nicht die begeisterte Teilnahme, die sie erwarren könnte. Was meint man bei solch einem Kon-

zert wie dem gestrigen besseren tun, als sich ein so herrliches Konzert anhören? Brahm's — vielleicht hat der Name manche vom Besuch zurückgehalten. Sie dachten, seine Musik sei zu schwer verständlich. Weit gefehlt! Wer sich gerne einmal verlangsamen oder zu jugendlichem Feuer ergötzen lassen will, der muß diese Eigenart lieben, die zwei Viertonstücke, Werk 112 und Werk 108 für Quartettgitarre und Klavier. Bei, das ist Luststimmung, da tanzt der Ungar seinen Charakter, da lübelt der Rigeuner wild und jauchend, da sprühen Augen, glühende Köpfe, bligen Dolche. Der Schneiderger Viertonstücke sang das Alles sauber und feinsüßlich, aber nicht kühnerhaft genug. Die ungarischen Tänze, von Otto Paulus kraftvoll gespielt, pakteten wunderbar zu dem heißen Sonnenbrand des Wälders, wie die niederragende Tesebene zwischen Donau und Theiß im Gesange benannt wird. Die israelitischen Rhythmen dieser Violinstücke suchten elektrisch durch die Körper der Zuhörer, zum Tanz verlockend. Der siebente Tanz mußte wiederholt werden. — Ganz anders die im Namen so ungemäße zeitgemäße Regensongate. Ihr durch alle drei Sätze durchgeführtes Tropfenmotiv wirkt freilich anders, als das einträgliche Tropfen, das man jeden Morgen beim Erwachen drauhen am Fenster zu vernehmen gewöhnt ist: Es raubert nämlich Frühlingsmorgen und Frühlingssehnsucht in die Herzen der Zuhörenden. Zum Schluß sei der Rhapsodie gedacht, die aus Goethes Harzreise ein paar Verse entnimmt und musikalisch Balsam dem erlebte, „der sich Menschenhah aus der Fülle der Liebe trant“. Die Darbietungen des Chores wie der beiden innig auf einander eingepflegten Solisten Oskar Mätzig und Otto Paulus waren ausgezeichnet und da der Dirigent auch noch Erläuterungen der Werke voraussichtete, wurden auch die beiden ersten, die schweren Werke, den anstbar Zuhörenden wirklich offenbar.

Kauter. Stiftung. Die Firma Gebr. Gouy, über deren 25jähriges Jubiläum wir berichteten, hat für die Schule von Lauter eine Million gestiftet.

Niedererschindmann. Unglücksfall. Am Donnerstag nachmittag hat sich auf der Landstraße in der Nähe des Däufers von Niedererschindmann ein bedauerliches Unglück ereignet. Aus Niedererschindmann kam in der Richtung nach Glauchau ein Lastauto mit Anhänger gefahren. Zwei an der Fernleitung in Niedererschindmann beschäftigte Arbeiter kamen dem Schönbrüchener Weg gegangen, als das Auto mit dem Anhänger an ihnen vorbeifuhr. Die beiden wollten aufspringen und rannten über die Landstraße, um nach dem Lastauto zu gelangen. In demselben Augenblick kam in entgegengekehrter Richtung ein zweites Auto aus Glauchau und rief einen der beiden Arbeiter, Erich Schlagter, um. Schlagter wurde erheblich verletzt. Neben Quetschungen trug er Dautabschürfungen davon, die ihm das Gesicht beinahe gänzlich entstellten. Der Verletzte wurde dem Städtischen Krankenhaus Glauchau zugeführt.

Geringswalde. Eine alte Geschichte. Der unwortliche Umgang mit Schußwaffen hat wieder einmal einen tiefbedauerlichen Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hervorgebracht. Der Gutbesitzer Demtsch in Schaaßwitz hatte sein 9-Millimeter-Revolver im Erdgeschloß der Werkstatt geladen und geschickt zum Taubenschleien stehen lassen. Dort wurde es während der Arbeit von dem 15 Jahre alten Wirtschaftsgelbten Hermann Bärligt aus Chemnitz bemerkt, der im Scherz auf die im Nebengebäude die Treppe herabkommenden idyllische Wirtschaftsgelbten Jda Well ansah. Dabei muß er die Sicherung herumgedreht und den Abzug berührt haben, denn plötzlich löste sich ein Schuß und das Mädchen stürzte tot zu Boden.

Letzte Drahtnachrichten.

Strengste Verkehrsperre.

Blitz, 1. Juli. Die Zeitungen des besetzten Gebietes veröffentlichten folgende Mitteilung des französischen Kreisdelegierten: Die Rheinlandschiffahrtskommission gibt bekannt: Von Sonntag nachts 12 Uhr ab ist jeder Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet verboten. Ausnahmen können nur in dringenden Fällen bei der Einfuhr von Lebensmitteln vom Kreisdelegierten genehmigt werden. Diese Mitteilung, die auch anderwärts verbreitet wird, ist in der englischen Zone noch nicht bekannt gegeben worden; es scheint also noch nicht festzusetzen, ob sie auch für die englische Besatzungszone gilt.

Vor Ausrufung der rheinischen Republik?

Berlin, 2. Juli. Zu diesen Maßnahmen schreibt der Lokalankäufer: Die hermetische Absperrung des besetzten und Einbruchgebietes vom übrigen Deutschland hat unabweisbar noch ihren ganz besonderen Grund; nach Meldungen von sehr gut unterrichteter Seite hat es den Anschein, daß die Franzosen alle Vorkehrungen zur Proklamierung einer rheinischen Republik getroffen haben.

Größen.

Paris, 1. Juli. Die Agence Havas meldet aus Düsseldorf: Nach Witternacht ist in Derten, südwestlich von Reddinghausen, durch eine Schildwache vor der Wohnung des Kommandanten eine Zivilperson erschossen worden, weil sie sich angeblich weigerte, weiterzugehen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik verschoben.

Berlin, 2. Juli. Der Beginn des Streiks in der Berliner Metallindustrie ist auf Grund der vom Reichsarbeitsministerium eingehenden Vermittlung hinausgeschoben worden. Es ist eine erweiterte Streikleitung gebildet worden, die über den Beginn des Streiks und darüber entscheiden soll, welche Betriebe auch in den Kampf gezogen werden sollen.

Der Bizepräsident von Venezuela ernannt.

Caracas, 1. Juli. Der Bizepräsident von Venezuela Gomez ist gestern abend in der Welt ernannt worden. Die Gründe sind unbekannt. Das Amt war ein Bruder des Präsidenten Gomez und über dessen Namen die Regierung aus.

Die amtliche Proklamierung des Dollarkurses. Berlin 159 600.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Göttsche, Druck u. Verl. Quer-Druck u. Verlagsgesellschaft, m. d. G., Leipzig.

Devisenbedarf.

Die am 22. Juni in Kraft getretene Devisenverordnung hat die Reichsregierung einen erschlossenen Schritt zur Devisenbewirtschaftung getan.

Da der Handel in Auslandswährungen auf dem Kontinent schwerer geworden ist, warf sich der berufsmäßige Geldhandel auf denjenigen deutschen Papier, dessen Kurs unmittelbar von den ausländischen Devisenkursen bestimmt wird.

Schon wenige Tage nach Erlass der Verordnung zeigte es sich, daß gerade das Vorgehen der Reichsregierung den Bestimmungen in den Kreisen der Deviseninteressenten verfaßt hat.

Selbst dem Laien ist Wirtschaft- und Währungsfragen muß es einleuchten, daß der Devisenbedarf der deutschen Wirtschaft gerade in diesen Wochen besonders dringend ist.

Der Prozeß Judet.

Vor dem Schwurgerichte sprach sich der wegen Hochverrats angeklagte Schriftsteller Judet über seine Besuche beim Vatikan aus.

Einmal mit seinen ungeliebten Mitarbeitern einzuweisen war. Damit dienen sie Frankreich.

Einige Tage später habe der Papst von den Möglichkeiten einer Verhandlung mit Deutschland auf der Grundlage des Balfordbundes mit ihm gesprochen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung verlor der Vorkämpfer angebliche deutsche Geheimdienste über Judet, deren Echtheit der Verteidiger bezweifelte.

Afrikaner und Deutsche.

„Der deutsche Afrikaner“, der in Pretoria erstirbt, bringt folgende Aufzeichnungen eines englischen Offiziers, der an dem Feldzug gegen Deutsch-Ostafrika teilnahm:

„Im Aufstiege waren für die Weißen tüchtige schwarze Diener ein Erfordernis. Wir alle wußten, daß die Deutschen erprobte, außerordentlich kundige und willige Hofs bedienten und wir veräumten keine Gelegenheit, um solche Schwarze zu schnappen und in unsere Dienste zu nehmen.“

Einmal wurde mir der Boy Ali zugewiesen, der mit seinem verwundeten weißen Herrn gefangen genommen war. Ali war ein kluger, aufgeweckter Negor, aber er wollte bei mir nicht arbeiten.

Die Antwort des Negers überraschte mich und gab mir zu denken. „Das ist nicht wahr“, rief Ali mit hüpfenden Augen, „die Deutschen haben uns nie bedrückt und nie ungerade behandelt.“

Ali tat seinen Dienst musterhaft. Nach einigen Tagen war er verschwunden. Ich hörte nie wieder von ihm, wahrscheinlich war er zu den Deutschen zurückgegangen.“

Dieser Fall, wie er hier von einem englischen Offizier berichtet wird, steht nicht vereinzelt da. Er beweist, was von der Lügenpropaganda der Entente zu halten ist, die die unmenschlichsten Kolonialgrenzen auf das Konto Deutschlands setzten.

Vermischtes.

Die 11 Gebote der japanischen Braut. An ihrem Hochzeitsstage verfaßt die Japanerin 11 Gebote, die ihr von ihrer Mutter feierlich empfangt werden, und die sie unverbrüchlich befolgen muß, um eine glückliche Ehe zu führen.

Das, was die gebildeten Leute haben, und wenn es sich bezahlt hat, ist nicht zu haben, — das ist nicht viel, was wie etwas Neues von dem Namen nachklingt.

7000 Jahre alt. Es ist eine Gegend, über ein hundertjähriges Menschenleben zu streuen und die Dampfkraft einzeln zu trennen, so daß die Gegend und die Menschenalter, zu bewundern, ohne zu beachten, daß mehrhundertjährige, ja tausendjährige Lebenserwartung, nämlich Pfirsiche, auch bei uns Seltenheit sind.

Neues aus aller Welt. Bundestag der Architekten. In den ersten Augusttagen wird in Hannover der diesjährige Tag des Bundes deutscher Architekten stattfinden.

Neues aus aller Welt.

Bundestag der Architekten. In den ersten Augusttagen wird in Hannover der diesjährige Tag des Bundes deutscher Architekten stattfinden.

Deutschnationale und kommunistische Jugend. In Berlin kam es am Vintaplatz zu einer blutigen Schlägerei zwischen Angehörigen des Wismar-Bundes, die in einer Gemeindefeier am Bahnhof Gesundbrunnen zusammengekommen waren, und kommunistischer Jugend.

Blutige Schlägerei in Delitzsch. In Delitzsch überfielen Kommunisten Mitglieder des Stahlhelms. Der Arbeiter Köpcke, ein Stahlhelm-Mitglied, wurde dabei durch Messerstiche in die Lunge und einen in den Oberarm, andere erlitten blutige Kopfverletzungen.

Vom Theater zur Zigarettenfabrik. Das vor etwa 22 Jahren erbaute Deutsche Theater in Stuttgart, das unter dem Namen Festspieltheater gute Aufführungen herausgebracht hatte, ist an eine Zigarettenfabrik verkauft worden, die es zu einer Zigarettenfabrik umbaut.

Apollo-Lichtspiele Aue. Lichtspielhaus ersten Ranges. Heute Montag bis Mittwoch, den 2. - 4. Juli: Das goldene Haar.

Der wahre Wert. Das Seifenpulver liegt in einem schmalen Behälter. Dirin. Deter's bestes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Wirksamkeit.

Heizungsmonteur. (gelernter Schlosser) per sofort gesucht. Sächs. Metallwarenfabrik August Wellner Söhne A.-G., Aue i. Erzgeb.

Kammerjäger. Scheidemann kommt in den nächsten Tagen nach Aue u. Umgegend und vertilgt radikal unter schriftlicher Garantie Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben usw.

billiges Waschen. Streng reell! Friseurgebilken. Die ungeheure Macht des Magnetismus.

Hausmädchen. Blüthen. Zöpfe. Steckpferd. Teerschwefel-Seife. Kleine Anzeigen.